

Wirklich ergebnisoffen?

ÖKOLOGIE Auch die Naab-Regen-Donau-Allianz fürchtet gravierende Nachteile durch einen Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen.

Ausführlich hat die MZ über den „endlosen Streit um den Donau-Ausbau“ berichtet und im Interview mit Vertretern der Bundeswasserstraßenverwaltung (WSV) die laufenden Untersuchungen hierzu thematisiert. Tatsächlich ist zu bezweifeln, dass die Untersuchungen zum Ausbau der frei fließenden Donau zwischen Straubing und Vilshofen so „ergebnisoffen“ und rein fachlich durchgeführt werden, wie dies von der WSV behauptet wird.

Die aufwändigen Untersuchungen über die Auswirkungen eines Ausbaus der Donau sind eigentlich unnötig. Zu vor schon war dieser Bereich der Donau die am besten dokumentierte Flussstrecke Europas. Auch ohne diese Untersuchungen ist klar: Der Bau neuer Staustufen schädigt den Naturhaushalt erheblich. Nach dem europaweit geltenden Wasserrecht gilt für Flüsse in ökologischer Hinsicht ein Verschlechterungsverbot und Verbesserungsgebot. Bund und Land sind verpflichtet, die Donau in einen guten ökologischen Zustand zu bringen. Dies verbietet einen weiteren Aufstau.

Beim Donau-Ausbau prallen mäch-

AUSSENANSICHT



DR. JOSEF PAUKNER
Sprecher der Donau-Naab-Regen-Allianz

tige Interessengruppen aufeinander. Die Studien über die Auswirkungen von Ausbaumaßnahmen können lediglich eine politische Entscheidung bemänteln. Die Menschen an der Donau, die sich gegen den Bau neuer Staustufen wehren, können diese Untersuchungen nicht ernst nehmen, weil sie von der Rhein-Main-Donau AG (RMD) geleitet werden. Es wäre naiv zu glauben, dass die RMD als Tochter von E.ON und Betreiber von Wasserkraftwerken unvoreingenommen die Wirkung von Staudämmen prüfen könne. Genauso könnte man kaum glauben, dass ein Bauunternehmer und „Mittelstands“-Politiker aus dem Landkreis Deggendorf, der für den Bau von Staustufen zur Förderung der Schifffahrt und zur Stromgewinnung kämpft, durch Daten über die Bestandsentwicklung von Käfern und Muscheln überzeugt werden könne.

Es ist bekannt, dass sich durch Investitionen in den Ausbau des Güterverkehrs auf der Schiene der selbe Effekt mit sehr viel geringeren Kosten

erreichen lässt. Leider hat sich innerhalb der CSU und in Wirtschaftsverbänden bislang eine Beton-Lobby durchgesetzt und sich auf den Staustufenbau festgelegt. Niemand sonst braucht und will neue Staustufen.

Auch innerhalb der Unionsparteien war die Festlegung auf den Staustufenbau von Anfang an umstritten, denn es ist auch für Konservative eine fundamentales Anliegen, die Schöpfung und die Heimat zu bewahren, umweltverträglich zu wirtschaften und Steuergelder nicht an die Lobbyisten von Großbauprojekten zu verschwenden. Eine Reihe von CSU-Politikern hat Zweifel an der bisherigen starren Festlegung auf Staustufen geäußert.

Es geht um eine politische Grundratsentscheidung: Wollen wir es schaffen, eine natur- und umweltverträgliche nachhaltige Wirtschaft zu gestalten oder nehmen wir Naturzerstörung als „Kollateralschaden“ des „Fortschritts“ hin? Nicht ein immer üppigerer Datenwust über Molluskenpopulationen und die Bestandsentwicklung von Laufkäfern ist gefragt, sondern eine grundsätzliche Abwägung: Wollen wir die frei fließende Donau als einzigartigen Naturraum bewahren? Will man wirklich ein „zweites Wackersdorf“ in Niederbayern? Nur für die Antwort auf diese Fragen gilt, dass das Ergebnis offen ist.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.